

## Initiative « Für einen 100%igen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt »

### ARGUMENTARIUM

**Wer sich Zuviel vornimmt, macht nichts richtig**

### STOP DER ÄMTERKUMULATION

#### 1. Problemstellung

Die BürgerInnen von Biel, welche den Gemeinderat für ein 100%-Amt wählen, haben ein Anrecht, dass er sich auch zu 100% im Interesse der Stadt und seiner EinwohnerInnen engagiert. Das Einkommen steht zudem in einem direkten Zusammenhang mit dieser Erwartung.

Dasselbe gilt für WählerInnen im Kanton oder einer Region, welche Ihre Abgeordneten in ein kantonales oder eidgenössisches Parlament wählen.

In Anbetracht der steigenden Anzahl und Komplexität der zu behandelnden Geschäfte in einer grossen Stadt wie Biel oder beim Kanton und Bund ist es nicht möglich, diese Funktionen zu vereinen, da beide eine hohe Verfügbarkeit und einen grossen Einsatz verlangen. Mindestens eines der Mandate muss darunter leiden.

In seiner Botschaft beschreibt der Gemeinderat die Anforderungen, welche an ihn gestellt werden: Beschleunigung der politischen Geschäfte, grössere Abhängigkeit der Geschäfte untereinander, erhöhter Effizienzdruck, schnellere Behandlung infolge kürzeren Terminen bis zu den Entscheidungen, Diversifizierung der Geschäfte und neue Themenfelder....

Beim Gross- und Nationalrat wird die Arbeitsbelastung im Allgemeinen, je nach Zusatzbelastung in Kommissionen und Arbeitsgruppen, auf 30 bis 50% geschätzt. Daraus kann man schliessen, dass zwei Mandate für eine Person zuviel sind. Zu behaupten, dass beide Tätigkeiten seriös und effizient ausgeführt werden können, ist eine Täuschung der WählerInnen.

Man sagt: „Wer sich Zuviel vornimmt, macht nichts richtig“. Dieses Sprichwort bewahrheitet sich bei Personen, welche ein Doppelmandat erfüllen. Dies stellt man fest:

- Im Parlament: Ungenügende Präsenz bei Abstimmungen und Vorstössen;
- In der Exekutive: Schlecht geführte Geschäfte, welche sich in die Länge ziehen oder sogar liegen bleiben.

Um gegenüber den Wählerinnen ehrlich zu bleiben, müsste ein Gemeinderat von sich aus auf Zusatzmandate verzichten. Dies ist eine Frage der Loyalität gegenüber der Stadt und seiner Bevölkerung. Es gibt eine Minderheit von Gemeinderäten, welche diesen

Zusammenhang sehen. Die Mehrheit sieht dies aber nicht, sei es um persönliche Ambitionen zu befriedigen, sei es dass sie durch ihre Partei aus Konkurrenzgründen unter Druck stehen.

## **2. Die Lösung: Die Initiative der PASSERELLE**

Um die Nachteile im Zusammenhang mit den Doppelmandaten zu vermeiden, schlägt die **Initiative der PASSERELLE** vor, dass in der Gemeindeordnung untersagt wird, dass man als Gemeinderat gleichzeitig einem Parlament angehören darf. Er/Sie muss sich auf ein Mandat konzentrieren – sei es dasjenige als Gemeinderat, sei es dasjenige als kantonaler oder eidgenössischer Parlamentarier. Dieser Vorschlag will unter keinen Umständen die demokratischen Rechte einschränken und auch nicht – wie von den Gegnern dieser Initiative ins Feld geführt - das Volk „bevormunden“. Alle BürgerInnen bleiben frei, sich für beliebige Wahlen zur Verfügung zu stellen. Damit bleiben auch die Gemeinderäte, welche sich für ein zweites Mandat aufstellen lassen, wählbar. Es geht lediglich darum, in der Gemeindeordnung als neue Regel festzuhalten, dass sich ein Gemeinderat, welcher in ein Parlament gewählt wurde, zwischen den beiden Ämtern zu entscheiden hat. Da diese Regel im Voraus bekannt ist, sind in der Gemeindeordnung alle gleich gestellt.

## **3. Die Vorteile der Initiative**

Die Initiative der PASSERELLE bietet folgende Vorteile:

### **1) Effizienterer Gemeinderat**

Von ihren Mandaten als Parlamentarier entlastet, können sich die Gemeinderäte ausschliesslich auf ihre Aufgaben in der Stadt konzentrieren und mehr Zeit für das Studium der zahlreichen, häufig komplexen Dossiers aufwenden.

### **2) Grössere Verfügbarkeit der Gemeinderäte**

Die Gemeinderäte sind häufiger anwesend und stehen der BürgerInnen besser zur Verfügung, sie können besser auf sie hören und auf ihre Fragen und Sorgen eingehen.

### **3) Besserer Verteilung der Belastung**

Die verschiedenen politischen Mandate können auf mehrere Schultern verteilt werden; dies verhindert eine zu grosse Konzentration der Macht; gleichzeitig entsteht eine bessere Rotation der Mandate. Die Demokratie gewinnt!

### **4) Höhere Präsenz der Parlamentarier**

Da es nicht mehr möglich ist, gleichzeitig ein Amt als Gemeinderat sowie als Abgeordneter im Grossen Rat oder den eidgenössischen Räten auszuüben, sind die Gemeinderäte viel besser verfügbar und können den Aufgaben, für welche sie gewählt wurden, wesentlich besser gerecht werden (Weniger Abwesenheit während Abstimmungen und mehr Vorstösse).

### **5) Die Parlamentarier sind nicht mehr Interessenkonflikten ausgesetzt**

Die doppelten „Hüte“ können zu Interessenkonflikten führen; die betroffenen Parlamentarier sind oft in Konflikt zwischen den Interessen der Stadt und den Interessen des Kantons/Bundes. Die Ausübung nur eines Mandats erlaubt eine klare, saubere Positionierung, sei es als Gemeinderat oder als Abgeordneter.

#### **4. Die Debatten im Stadtrat und die Botschaft an die Bevölkerung**

Der Gemeinderat hat dem Stadtrat 3 Versionen für einen Gegenvorschlag zu dieser Initiative unterbreitet. Alle drei wurde verworfen, da sie in der Praxis schwer handhabbar wären (Nur der Stadtpräsident darf ein Doppelmandat ausüben; nur maximal 2 Gemeinderäte dürfen ein Doppelmandat ausüben; in jedem Parlament darf maximal je 1 Gemeinderat Einsitz nehmen). Damit bleibt die Initiative der PASSERELLE, welche als einzige eine einfache, klare und anwendbare Regel bietet, die einzige Alternative, um gegen Doppelmandate vorzugehen.

In seiner Botschaft an die Bevölkerung geht der Gemeinderat davon aus, dass sich ein Gemeinderat voll den Aufgaben im Zusammenhang mit seiner Direktion widmen muss und lehnt die Möglichkeit von Teilzeitarbeit ab. Er schätzt, dass im Vergleich zu anderen Städten 5 Gemeinderäte zu 100% angepasst sind. Der Gemeinderat unterstützt damit wie die PASSERELLE einen 100% Einsatz für die Stadt. Es wurde kein einziges konkretes Argument für die Vorteile der Doppelmandate vorgebracht.

Ein Gemeinderat hat es nicht nötig, in Bern zu sitzen, um sein Beziehungsnetz aufzubauen und Kontakte zu knüpfen oder gewisse Geschäfte zum Vorteil der Stadt Biel zu beeinflussen.

**Unser Gemeindepräsident hat zum Beispiel, lange bevor er Nationalrat wurde, die Expo 02 nach Biel holen können und Betriebe überzeugt, sich in Biel niederzulassen.**

Heute verfügt er zudem über einen Delegierten im Stadtmarketing und einer Verantwortlichen für die Wirtschaftsförderung, um die Werbung für Biel sicher zu stellen.

Es gibt andere Bieler Delegierte, welche die Interessen der Stadt wahren können. Diese sind zudem verfügbarer und effizienter.

Zudem existieren mehrere Organisationen, welche sich um die Interessen der Städte kümmern und in welchen Vertreter der Stadt Biel Einsitz haben. Da diese von den kantonalen und eidgenössischen Behörden als Partner betrachtet werden, werden sie regelmässig in die Gesetzgebung mit einbezogen. Es handelt sich um folgende Organisationen:

1. Schweizer Städteverband (SSV)
2. Schweizerischer Gemeindeverband
3. Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)
4. Verband Bernischer Gemeinden (VBG)

Die Interessen der Stadt Biel werden effektiv in diesen Organisationen wahrgenommen. Dort können die Städte sowohl auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene einen massgeblichen Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Dort werden auch die fruchtbaren Kontakte im Interesse der Stadt Biel geknüpft. Hierzu in den Parlamenten Einsitz zu nehmen, ist nutzlos.

## 5. Schlussfolgerung

Die heutige Welt ist anspruchsvoller geworden. In einer Stadt die sich wie Biel in vollem Aufschwung befindet und welche viele neue Projekte verwirklicht, ist die Belastung des Gemeinderats, mit alle seinen komplexen Aufgaben und den vielen Verpflichtungen welche dies mit sich bringt, beachtlich. Sie verlangt eine grosse Konzentration und Präsenz z.T. sogar am Wochenende und während den Ferien. Zusätzlich zu den wöchentlichen Gemeinderatssitzungen muss ein Gemeinderat in vielen Komitees und Kommissionen Einsitz nehmen; oft sogar als deren Präsident. Aber auch ein Gemeinderat muss sich zwischendurch entspannen, sich seiner Familie widmen und Freizeit beanspruchen. Ist es vernünftig, zusätzlich eine Funktion als Parlamentarier auszuüben, welche Absenzen von jährlich bis zu 3 Monaten zur Folge hat? Wo die Zeit hernehmen, um all die Dossiers zu studieren und um Vorstösse vorzubereiten, wenn nicht auf Kosten der Zeit für die Geschäfte der Stadt oder der Freizeit? Die Antwort ist offensichtlich: Es gibt keinen Platz für ein zweites Mandat.

Viele BürgerInnen haben heute den Eindruck, dass die Politiker weit entfernt von ihren Sorgen in einer Parallelwelt leben, und dass sie sich mehr um Ihre politische Karriere und Ihre Erscheinung und die Macht ihres Amtes kümmern, als um städtische Anliegen. Die Ämterkumulation, die sie für diesen Zweck ausnützen, verstärkt diesen Eindruck. Die Beschränkung auf ein einziges Mandat würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker wieder stärken.

Um gut zu funktionieren muss sich die Demokratie auf eine möglichst breite Basis und den Einsatz vieler unterschiedlicher BürgerInnen stützen können. Die Initiative gestattet es den Nachfolgern sich einzubringen; sie gibt den Jungen und Frauen mehr Chancen. Sie garantiert eine bessere Verteilung der Macht und unterstützt damit die Demokratie.

**STIMMT JA am 26. September!**